Der Landesbeauftragte
für Mecklenburg-Vorpommern
für die Aufarbeitung der SED-Diktatur

UOKG
UNION DER OPFERVERBÄNDE KOMMUNISTISCHER GEWALTHERRSCHAFT e.V.

PRESSEMITTEILUNG
Schwerin, 7. September 2026

Geraubte Heimat – Erinnerung an die Zwangsaussiedlungen in Dömitz

Anlässlich des Gedenkens an die Zwangsaussiedlungen 1952 und 1961 wird am 17. September an der Johanneskirche am Slüterplatz in Dömitz eine Gedenktafel eingeweiht

An das Unrecht der Zwangsaussiedlungen wird mit der Einweihung einer Gedenktafel am 17. September 2026 ab 10 Uhr auf dem Slüterplatz 8, in 19303 Dömitz erinnert. Mehr als 300 Menschen wurden zur Machtsicherung der SED-Führung1952 und 1961 aus Dömitz zwangsausgesiedelt.

Reden und Grußworte von *Simone Benke-Saathoff*, Evangelisch-lutherische Johanneskirchengemeinde, *Inge Bennewitz*, Aufarbeitungsinitiative Zwangsaussiedlungen und Vorstandsmitglied UOKG, *Dr. Anna Kaminsky*, Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur, und *Dr. Lars Tschirschwitz*, stellv. Landesbeauftragter für M-V für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, eröffnen die Gedenkveranstaltung.

Danach berichten Inge Bennewitz und weitere Zeitzeugen im Gespräch mit Schülerinnen und Schülern des Gymnasialen Schulzentrums „Fritz Reuter“ Dömitz in der Johanneskirche über die Zwangsaussiedlungen, die sie erleiden mussten.

Mit einer Schweigeminute und Blumen wird zum Abschluss an der neuen Gedenktafel der Opfer gedacht. Nach der Veranstaltung besteht die Möglichkeit, bei einem kleinen Imbiss im gegenüber der Kirche gelegenen Gemeindehaus das Gespräch fortzuführen.

Die Errichtung der Gedenktafel wurde finanziell gefördert durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, den Landesbeauftragten für M-V für die Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V.

HINTERGRUND
Von Zwangsaussiedlungen aus dem innerdeutschen Grenzgebiet im Zuge der Grenzsicherungsmaßnahmen seit 1952 waren etwa 12.000 Menschen betroffen, davon allein 3.500 in Westmecklenburg, die meisten während zweier Aktionen 1952 und 1961. Personen, die als unsicher oder feindlich eingeschätzt wurden,

Der Landesbeauftragte
für Mecklenburg-Vorpommern
für die Aufarbeitung der SED-Diktatur
Bleicherufer 7 | 19053 Schwerin
Tel.: 0385 – 734006 | Fax: 0385 – 734007
E-Mail: post@lamv.mv-regierung.de
Internet: www.landesbeauftragter.de

Union der Opferverbände Kommunistischer
Gewaltherrschaft e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Ruschestr. 103, Haus 1, 6. Etage
10365 Berlin Lichtenberg
Tel.: 030 55 77 93 51
Fax.: 030 55 77 93 40

mussten auf Befehl der SED-Führung innerhalb weniger Stunden ihre Häuser und Wohnungen verlassen.
Bei der Aktion „Grenze“ am 6. Juni 1952 wurden allein in Dömitz 228 Menschen ohne rechtliche Grundlage über Nacht gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen. In Güterwaggons wurden sie nach Güstrow verbracht. In den Aufnahmedörfern streuten Behörden gezielt das Gerücht, es kämen Schwerverbrecher, um die Familien gesellschaftlich zu isolieren.
Am 3. Oktober 1961 wiederholte sich das staatliche Unrecht. Bei der Aktion „Osten“ wurden im damaligen Kreis Ludwigslust weitere 78 Menschen per LKW zwangsausgesiedelt – zynisch legitimiert mit dem Befehl, die Sperrzone „zum eigenen Schutz“ verlassen zu müssen.

Kontakt:

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Ruschestr. 103, Haus 1, 6. Etage
10365 Berlin Lichtenberg
Tel.: 030 577 99 201
Fax.: 030 55 77 93 40
E-Mail: info@uokg.de

Der Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern
für die Aufarbeitung der SED-Diktatur
Bleicherufer 7
19053 Schwerin
Landesbeauftragter: Burkhard Bley
Tel.: 0385 734 006
Fax: 0385 734 007
E-Mail: post@lamv.mv-regierung.de